

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Britta Katharina Dassler, Stephan Thomae, Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/10167 –**

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sport fördern

A. Problem

Der Sport hat in Deutschland eine enorme Reichweite, in über 90.000 Sportvereinen können Bürgerinnen und Bürger regelmäßig Sport treiben. Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung interessieren sich für Sport, rund 20 Prozent sind Mitglied in einem oder mehreren Sportvereinen. Mit dieser breiten Wirkung kann der Sport einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung leisten. Der Sport und seine Sportverbände haben ihre soziale Verantwortung zunehmend erkannt und wahrgenommen. Allerdings reichen die Maßnahmen bisher nicht aus, dem Problem der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität wirksam zu begegnen. Dies wird auch dadurch deutlich, dass Homo- und Transphobie noch immer auch im Sport zum Alltag gehören, obwohl diese den Werten des Sports, wie Toleranz und Fair Play, entgegenstehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10167 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Der Sportausschuss

Dagmar Freitag
Vorsitzende

Frank Steffel
Berichterstatter

Mahmut Özdemir
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Monika Lazar
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Frank Steffel, Mahmut Özdemir, Jörn König, Britta Katharina Dassler, Dr. André Hahn und Monika Lazar

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/10167** in seiner 101. Sitzung am 16. Mai 2019 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag tragende Fraktion stellt fest, dass im Sport die Themen der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität tabuisiert und unzureichend bekämpft würden. Es sei festzustellen, dass der Trend zu Diskriminierung und Inakzeptanz nicht zurückgehe oder sogar steige. Dem müsse daher klar entgegen getreten werden, um eine negative Auswirkung auf die gesamte Gesellschaft zu verhindern. Alle gesellschaftlichen Akteure trügen hier eine spezifische Verantwortung. Im Breitensport seien die Verbände, die Vereine und die Landespolitik in der Pflicht, im Spitzensport und auf internationaler Ebene die Bundesregierung. Der Antragsteller fordert zur Möglichkeit der diskriminierungsfreien Teilhabe aller Menschen am Sport eine kohärente Strategie der Bundesregierung für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Sport, da diese eine Teilhabe an einem aktiven und gesunden Leben für jeden Bürger und jede Bürgerin ermöglichen würde. Die Initiativen der Sportverbände und -vereine, der Fanszenen und -projekte und der Zivilgesellschaft seien ebenso zu begrüßen wie die „Berliner Erklärung: Gemeinsam gegen Homophobie – für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz im Sport“, das Projekt „Fußball für Vielfalt – Fußball gegen Homophobie“, bereits laufende Forschungsprojekte und die erste BundesNetzwerkTagung der queeren Sportvereine. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, die Ziele der genannten „Berliner Erklärung“ zu unterstützen und eine schnellstmögliche Umsetzung zu fördern. Darüber hinaus sollen der aktuelle Stand der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und/oder geschlechtlicher Identität im Sport wissenschaftlich untersucht und Beratungsangebote gefördert werden. Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel sollen Projekte im Breitensport und ein verstärkter Austausch zwischen Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, dem organisierten Sport und queeren Interessenvertretungen ermöglicht werden. Die Bundesregierung soll internationale Sportgroßveranstaltungen im Hinblick auf die Thematik kritisch begleiten und Teilnahmen deutscher Sportlerinnen und Sportler, Austauschveranstaltungen sowie Kampagnen unterstützen. Sie soll sich für EU-weite Projekte gegen Homo- und Transphobie im Sport einsetzen sowie einen Nationalen Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie aufsetzen. Für die Details zu den einzelnen Maßnahmen wird auf die Drucksache 19/10167 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag auf Drucksache 19/10167 wurde nicht zur Mitberatung an weitere Ausschüsse überwiesen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/10167 in seiner 51. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass der Antrag der FDP-Fraktion die vielen wichtigen und bereits bestehenden Initiativen im Kampf gegen Homophobie und für eine diskriminierungsfreie, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Sport unterstreiche. Das Engagement vieler Sportverbände und -vereine, der Sportdachverbände, vieler Fanszenen und der Zivilgesellschaft sei vorbildlich. Auch das Projekt der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld „Fußball für Vielfalt – Fußball gegen Homophobie“ sei hier ein gutes Zeichen für eine gesellschaftspolitische Initiative im und durch den Sport. Das zuständige Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

(BMFSFJ) habe zu den aktuellen und geplanten Maßnahmen der Bundesregierung in der 51. Sitzung des Sportausschusses am 1. Juli 2020 berichtet. Damit greife der FDP-Antrag der Wirkung künftiger Vorhaben und Maßnahmen vor und dürfe mittlerweile als zeitlich und inhaltlich überholt gelten. So werde die FDP-Initiative u.a. der aktuellen Corona-Pandemie und den existentiellen Nöten vieler Sportvereine und Organisationen nicht gerecht und sei damit abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** machte deutlich, dass der Sport verbinde, Grenzen zu überwinden helfe, Menschen aller Kulturen, Hautfarben und Herkünften zusammenführe. Dennoch gebe es Menschen, die sich in dieser tragenden Säule unserer Gesellschaft nicht ganz wohl fühlten, weil sie aufgrund ihrer sexuellen Identität diskriminiert würden oder sogar Anfeindungen ausgesetzt seien. Dabei bleibe es nicht nur bei verbalen Attacken. Die Sportlerinnen und Sportler könnten unter Umständen Mobbing oder sogar körperlichen Übergriffen ausgesetzt sein. Der vorliegende Antrag berücksichtige nicht die laufende Unterstützung durch die Bundesregierung von zahlreichen Projekten im Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung. Stattdessen fordere die FDP-Fraktion die Bundesregierung auf, im Breitensport, für welchen nach Art. 30 GG die Bundesländer zuständig seien, durch geeignete Projekte und Seminare einzugreifen. Dabei setze sich die Bundesregierung längst für eine weitere Umsetzung der Berliner Erklärung „Gemeinsam gegen Homophobie. Für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz im Sport“ ein. Hierzu unterstütze sie Bildungs- und Forschungsmaßnahmen der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld und fordere die Sportvereine und -verbände sowie die Fanszenen auf, sich für ein aktives Vorgehen gegen Homophobie und Transphobie auf allen Ebenen des Sports einzusetzen.

Die **Fraktion der AfD** erklärte, sie lehne den Antrag ab. Hier werde ein Thema aus ideologischen Gründen künstlich aufgebauscht, das im realen Leben keines sei. Vielen in dem Antrag als „Fakten“ dargestellten Behauptungen fehle jegliche Grundlage. Auf der einen Seite werde das Fehlen empirischer Daten bedauert. Dort, wo diese vorhanden seien, würden sie nicht erwähnt, weil diese Daten den Antrag ad absurdum führen würden – mit, bei Meldepflicht (Beispiel: DFB-Projekt gegen Homophobie) solcher Vorfälle, 0,21 Prozent an Vorkommnissen. Direkt aufeinanderfolgende Sätze im Antrag widersprächen sich. Übrig blieben Aussagen künstlich gepuschter Lobbyorganisationen, die durch Aufbauschen des Themas versuchten, ihre Existenz – und damit weitere Finanzierung – zu legitimieren.

Die **Fraktion der FDP** stellte dar, dass der Antrag und dessen Beschlussfassung nötig seien, um die integrative Kraft des Sports zu nutzen, unsere heutige Gesellschaft offener und toleranter zu gestalten, damit Merkmale wie Nationalität, Hautfarbe oder sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität keine Rolle spielten. Homo- und Transphobie hätten im Sport keinen Platz. Die Handlungsnotwendigkeit ergebe sich daraus, dass die Bundesregierung weder im Koalitionsvertrag – in dem sich mit keiner Silbe dem Wort Homophobie gewidmet werde – noch durch eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion deutlich mache, dass sie eine Kampagne ins Leben rufe, die sich gegen Homophobie im Sport richte. Darüber hinaus lägen der Bundesregierung auch keine konkreten empirischen Daten über homophobe Angriffe oder Gewalttaten im Sport vor. Man müsse dafür Sorge tragen, dass diese integrative Kraft des Sportes erhalten bleibe.

Die **Fraktion DIE LINKE**. betonte, dass es höchste Zeit sei, dass die Bundesregierung spürbarer und wirksamer gegen Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität vorgehe. So sei es zum Beispiel unakzeptabel, dass das Deutsche Sportabzeichen als „Ehrenzeichen der Bundesrepublik Deutschland mit Ordenscharakter“ nur an Männer und Frauen verliehen werden könne und dieses Abzeichen eine Grundvoraussetzung für die Bewerbung zum Sportstudium, bei der Polizei, bei Feuerwehr, Zoll und anderen Behörden sei. Das Geschlechtsmerkmal „divers“ könne bei der Anmeldung zum Ablegen des Sportabzeichens auf der Homepage des DOSB nicht gewählt werden. Bezeichnend sei auch, dass die Bundesregierung auf Fragen von Abgeordneten zu binären Geschlechterverhältnissen im vom Bund geförderten Spitzensport antworte, dass sie keine Erkenntnisse habe. Deswegen sei der Antrag der FDP-Fraktion gut und nötig, die Fraktion DIE LINKE. stimme ihm zu.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass man im parlamentarischen Verfahren einen eigenen Antrag (19/10224) vorgelegt habe, der ein weitreichendes Konzept für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt beinhalte. Gleichwohl stimme man dem vorliegenden FDP-Antrag zu, da viele gute Forderungen erkennbar seien. So werde die Bundesregierung aufgefordert, die Ziele der „Berliner Erklärung“ zu unterstützen, um gemeinsam gegen Homophobie und für Vielfalt, Respekt und Akzeptanz im Sport vorzugehen. Man stimme außerdem mit der antragstellenden Fraktion überein, dass für Spitzensportlerinnen und -sportler mehr Ansprechpartner auf Bun-

desebene benannt werden sollten, um Diskriminierungen entgegen zu treten. Über die Forderungen im vorliegenden Antrag hinaus müsse man jedoch auch Regelungen zur Integration von trans- und intergeschlechtlichen Menschen in den Sportbetrieb implementieren,

Als Ergebnis der Beratung empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag auf Drucksache 19/10167 abzulehnen.

Berlin, den 9. September 2020

Frank Steffel
Berichterstatter

Mahmut Özdemir
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Britta Katharina Dassler
Berichterstatterin

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Monika Lazar
Berichterstatterin

